

## **Verordnung zum Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaV)**

Vom 16. Dezember 1998 (Stand 30. Juni 2019)

---

*Der Regierungsrat des Kantons Aargau,*

gestützt auf Art. 16 der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) vom 2. September 2009 <sup>1)</sup>, § 17 Abs. 1 lit. a des Gesetzes über die Geoinformation im Kanton Aargau (Kantonales Geoinformationsgesetz, KGeoIG) vom 24. Mai 2011 <sup>2)</sup>, § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG) vom 3. Mai 2011 <sup>3)</sup>, die §§ 3 Abs. 3, 9, 11 Abs. 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 Abs. 2, 18 Abs. 2, 20 und 29 des Waldgesetzes des Kantons Aargau (AWaG) vom 1. Juli 1997 <sup>4)</sup>, § 50 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007 <sup>5)</sup> sowie § 2 des Dekrets über die durch den Staat zu beziehenden Gebühren vom 23. November 1977 <sup>6)</sup>, \*

*beschliesst:*

### **1. Waldareal und Waldgrenzenplan \***

#### **§ 1 Waldareal \***

<sup>1</sup> Die Aussenseite der äussersten Baumstämme und -strünke, die ein Mindestalter von 15 Jahren aufweisen, bestimmt den Verlauf der Stockgrenze. An die Stockgrenze schliesst ein Waldsaum von in der Regel 2 m Breite an, dessen Aussenrand die Waldgrenze bildet. Bei Sträuchern liegt die Waldgrenze in der Regel 1 m ausserhalb der äussersten Stockausschläge.

---

<sup>1)</sup> SR [510.622.4](#)

<sup>2)</sup> SAR [740.100](#)

<sup>3)</sup> SAR [150.600](#)

<sup>4)</sup> SAR [931.100](#)

<sup>5)</sup> SAR [271.200](#)

<sup>6)</sup> SAR [661.110](#)

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

<sup>2</sup> Innerhalb des Waldsaums <sup>7)</sup> gelten die Pflege- und Bewirtschaftungsgrundsätze gemäss Waldgesetzgebung. Eine dauernde oder intensive landwirtschaftliche Nutzung ist ausgeschlossen.

<sup>3</sup> Besteht innerhalb des Waldsaums eine eindeutige, dauernde Abgrenzung, wie eine Mauer, eine Strasse oder eine Parzellengrenze, gilt diese als Waldgrenze. \*

<sup>4</sup> ... \*

## § 1a \* Waldgrenzenplan

### a) Zuständigkeit

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt legt das Waldareal fest und erlässt den Waldgrenzenplan.

## § 1b \* b) Öffentliche Auflage

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt legt den Waldgrenzenplan in den betroffenen Gemeinden während 30 Tagen zur Einsicht auf. Sie macht die Auflage im Amtsblatt und im amtlichen Publikationsorgan der betroffenen Gemeinden bekannt.

<sup>2</sup> Die betroffenen Gemeinden bestimmen die Form der Einsichtnahme. Diese kann namentlich über einen Internetzugang oder durch gedruckte Auszüge erfolgen.

## § 1c \* c) Daten und Publikation

<sup>1</sup> Der Waldgrenzenplan wird in elektronischer Form geführt und im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen gemäss den §§ 16 ff. KGeolG eigentümerverbindlich veröffentlicht.

## § 1d \* d) Änderungen des Waldareals

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt meldet dem Vermessungsamt alle rechtskräftigen Änderungen des Waldareals zur Nachführung im Waldgrenzenplan.

<sup>2</sup> Änderungen des Waldareals, bei denen die Lage der Waldgrenzen um höchstens 2 m verschoben wird, lässt das Vermessungsamt im Einvernehmen mit der Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt im Waldgrenzenplan nachführen.

§ 2 \* ...

§ 3 \* ...

§ 4 \* ...

---

<sup>7)</sup> Formlos berichtigt gemäss § 12 des Gesetzes über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG) vom 3. Mai 2011 (SAR [150.600](#))

§ 5 \* ...

§ 6 \* ...

§ 7 \* ...

§ 8 \* ...

§ 9 \* ...

§ 10 \* ...

§ 11 Vorbehalt weiterer Vorschriften

<sup>1</sup> Für Hecken, Feldgehölze und Uferbestockungen, die nicht unter den Waldbegriff fallen, sind die besonderen Schutzvorschriften von Bund und Kanton im Bereiche des Naturschutzes sowie diejenigen der Nutzungsplanung vorbehalten.

## 2. Rodungsbewilligungsverfahren

§ 12 \* Zuständigkeit

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt entscheidet über Rodungsgesuche, die in die Zuständigkeit des Kantons fallen.

§ 13 Gesuchseinreichung

<sup>1</sup> Ein Rodungsgesuch, das nicht mit einem Baubewilligungsverfahren oder einem anderen Leitverfahren zusammenhängt, ist bei der Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt einzureichen. \*

<sup>2</sup> Erfordert die Verwirklichung eines Vorhabens sowohl eine Rodungs- als auch eine Baubewilligung, so sind die Gesuche gemeinsam bei dem für die Behandlung des Baugesuchs zuständigen Gemeinderat einzureichen.

§ 14 Publikation und Auflage

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt, im Falle von § 13 Abs. 2 der Gemeinderat, macht das Rodungsgesuch im kantonalen Amtsblatt sowie im amtlichen Publikationsorgan der betroffenen Gemeinden bekannt und legt die Akten während 30 Tagen zur Einsicht auf. Der Gemeinderat legt das Rodungs- und das Baugesuch gemeinsam auf. \*

<sup>2</sup> ... \*

### § 15 \* Einwendungen \*

<sup>1</sup> Wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist bei der Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt Einwendungen gegen das Rodungsgesuch erheben. Bei Gesuchen gemäss § 13 Abs. 2 sind die Einwendungen beim Gemeinderat einzureichen. \*

<sup>2</sup> Der Gemeinderat leitet das Rodungsgesuch gemäss § 13 Abs. 2 zusammen mit dem Baugesuch sowie allfälligen Einwendungen an die Abteilung für Baubewilligungen des Departements Bau, Verkehr und Umwelt weiter. Diese übermittelt die Akten der Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt zum materiellen Entscheid beziehungsweise zur Weiterleitung an die zuständige Bundesstelle und sorgt für die Koordination der Verfahren. \*

### § 16 Eröffnung

<sup>1</sup> Bei Gesuchen gemäss § 13 Abs. 2 dieser Verordnung eröffnet der Gemeinderat die Entscheide über das Rodungs- und das Baugesuch in der Regel gemeinsam.

### § 17 Besondere Verfahren

<sup>1</sup> In besonderen Fällen, wie bei Plangenehmigungs-, Konzessions-, Nutzungsplanungs- oder kantonalen Bauprojektverfahren, wird das Rodungsbewilligungsverfahren mit dem Leitverfahren auf der Grundlage der jeweils geltenden Kompetenzordnung koordiniert.

### § 18 \* ...

### § 19 \* ...

## **3. Betreten und Befahren des Waldes; nachteilige Nutzungen; Veräusserung von Wald**

### § 20 Bewilligungspflichtige Veranstaltungen

<sup>1</sup> Folgende Veranstaltungen erfordern eine Bewilligung:

- a) Veranstaltungen mit mehr als 500 Beteiligten;
- b) Veranstaltungen zwischen 24.00 Uhr und 06.00 Uhr mit mehr als 100 Beteiligten;
- c) Veranstaltungen mit Verwendung technischer Hilfsmittel wie Licht- oder Verstärkeranlagen;
- d) Veranstaltungen in Naturschutzzonen.

## § 21 Zuständigkeit und Verfahren

<sup>1</sup> Gesuche für die Durchführung bewilligungspflichtiger Veranstaltungen sind beim Gemeinderat so einzureichen, dass Gewähr für eine rechtzeitige Behandlung besteht, in der Regel 6 Monate im Voraus. Das Gesuch hat insbesondere Angaben über die Anzahl der Beteiligten und eine Karte mit Angaben über die beanspruchte Fläche zu enthalten.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat legt das Gesuch während 30 Tagen öffentlich auf und macht die Auflage im kantonalen Amtsblatt und im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde bekannt. \*

<sup>3</sup> Wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist beim Gemeinderat Einwendungen erheben. \*

<sup>4</sup> Der Gemeinderat entscheidet über Veranstaltungen, die auf Gemeindegebiet stattfinden. Gesuche für Veranstaltungen, die das Gebiet mehrerer Gemeinden betreffen, leiten die Gemeinderäte mit ihren Anträgen und den Einwendungen zum Entscheid an das Kreisforstamt weiter. \*

## § 22 Motorfahrzeugverkehr

<sup>1</sup> Zum Befahren von Waldstrassen und Waldwegen mit motorisierten Fahrzeugen sind befugt:

- a) die nach Bundesrecht oder kantonalem Recht berechtigten Personen;
- b) wer Bauten und Anlagen im Wald erstellt oder unterhält;
- c) wer jagdpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt oder wer zur Ausübung der Jagd oder zur Wildhege auf ein Motorfahrzeug angewiesen ist;
- d) wer landwirtschaftliche Grundstücke bewirtschaftet oder Naturschutzgebiete pflegt, deren zweckmässige Zufahrt über die betreffende Waldstrasse führt;
- e) wer für bestimmte Fahrten über eine schriftliche Ausnahmegewilligung des Gemeinderates verfügt.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat bezeichnet in einem Plan die Waldstrassen und Waldwege sowie die Strassen und Wege mit weiter gehenden Verkehrsbeschränkungen oder Ausnahmen vom Fahrverbot.

<sup>3</sup> Er legt den Plan nach erfolgter Zustimmung durch das Kreisforstamt während 30 Tagen öffentlich auf und macht die Auflage im kantonalen Amtsblatt und im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde bekannt.

<sup>4</sup> Wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist nach Massgabe der Gesetzgebung über den Strassenverkehr beim Gemeinderat Einsprache erheben.

<sup>5</sup> Der Gemeinderat lässt auf Kosten der Einwohnergemeinde innert 2 Jahren seit Inkrafttreten dieser Verordnung auf allen Waldstrassen und Waldwegen das Signal «Verbot für Motorwagen, Motorräder und Motorfahrräder» mit dem Zusatz «Waldstrasse» und der Bezeichnung allfälliger Ausnahmen anbringen.

## § 23    Nachteilige Nutzungen

<sup>1</sup> Der Gemeinderat kann bei Vorliegen wichtiger Gründe mit Zustimmung der Waldeigentümerin oder des Waldeigentümers und des Kreisforstamtes das Reiten und nichtmotorisierte Fahren abseits von Waldstrassen und Waldwegen auf einzelnen Strecken ausnahmsweise bewilligen.

<sup>2</sup> In den übrigen Fällen ist für die Erteilung von Ausnahmbewilligungen für nachteilige Nutzungen die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt zuständig. \*

## § 24    Veräusserung und Teilung von Wald

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt ist zuständig für Bewilligungen zur Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen und zur Teilung von Wald. \*

<sup>2</sup> Bedarf die Veräusserung oder Teilung zugleich einer Bewilligung nach der Gesetzgebung über das bäuerliche Bodenrecht <sup>1)</sup>, so erfolgen beide Entscheide gleichzeitig und koordiniert.

## 4. Forstliche Planung; Waldbewirtschaftung

### § 25    Planungsgrundlagen

<sup>1</sup> Der Kanton erstellt oder beschafft die notwendigen forstlichen Planungsgrundlagen, namentlich:

- a) die Standortskarten auf der Basis pflanzensoziologischer Erhebungen;
- b) Inventare über Naturschutzgebiete und -objekte von nationaler und kantonaler Bedeutung;
- c) periodische Erhebungen über den Waldzustand.

<sup>2</sup> Die Bestandeskarten werden als Grundlage der betrieblichen Planung und Kontrolle nach Richtlinien der Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt durch die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer erstellt und periodisch nachgeführt. \*

<sup>3</sup> Die Planungsgrundlagen stehen dem Kanton, den Gemeinden und den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern zur Verfügung.

### § 26    Waldentwicklungsplan

<sup>1</sup> Der Waldentwicklungsplan enthält namentlich Angaben über:

- a) die Standortverhältnisse, den Zustand und die Entwicklung des Waldes;
- b) die Ziele und Kontrollgrössen für eine nachhaltige Waldentwicklung;
- c) die bei der Waldbewirtschaftung zu beachtenden Grundsätze;
- d) die Waldungen mit besonderen Auflagen.

---

<sup>1)</sup> SR [211.412.11](#)

<sup>2</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt erstellt unter Mitwirkung der betroffenen Gemeinden und der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer sowie weiterer interessierter Kreise den Waldentwicklungsplan. \*

<sup>3</sup> Der Planentwurf wird in geeigneter Weise öffentlich bekannt gemacht. Alle interessierten Personen und Institutionen können Änderungen vorschlagen und Mängel beanstanden. \*

<sup>4</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt nimmt zu den Eingaben Stellung und fasst die Ergebnisse in einem Bericht zusammen. Die Akten dieses Verfahrens sind öffentlich. \*

<sup>5</sup> Die Waldentwicklungspläne werden durch den Regierungsrat genehmigt und in Kraft gesetzt.

## § 27 Betriebsplan

<sup>1</sup> Der Betriebsplan dient als mittelfristiges Planungs- und Kontrollinstrument der Forstbetriebe. Er zeigt auf, wie die gesetzlichen Anforderungen an die Waldbewirtschaftung erfüllt werden.

<sup>2</sup> Der Betriebsplan enthält Angaben über

- a) den Zustand des Waldes und die Ergebnisse der bisherigen Waldbewirtschaftung;
- b) die Ziele und Kontrollgrössen der künftigen Waldbewirtschaftung;
- c) die Umsetzung des Waldentwicklungsplanes;
- d) die waldbauliche Planung für die nächsten 10 bis 15 Jahre;
- e) die geplante Holznutzung für die nächsten 10 bis 15 Jahre.

<sup>3</sup> Zuständig für die kantonale Genehmigung der Betriebspläne ist die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt. \*

<sup>4</sup> Eigentümerinnen und Eigentümer von bis zu 20 Hektaren Wald sind von der Betriebsplanpflicht befreit. Sie haben jedoch eine vereinfachte Planung zu erstellen, falls sie Beiträge gemäss § 25 AWaG beanspruchen wollen.

## § 28 Holzschlagbewilligungen

<sup>1</sup> Für die Bewilligung von Holzschlägen und anderen waldbaulichen Massnahmen sowie der Ausnahmen vom Kahlschlagverbot ist das Kreisforstamt zuständig.

<sup>2</sup> Die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer melden der zuständigen Stelle alle geplanten Holzschläge und anderen waldbaulichen Massnahmen spätestens 30 Tage vor ihrer Ausführung.

<sup>3</sup> Sofern der Betriebsplan für bestimmte Massnahmen hinreichend konkrete Angaben enthält, wird die Bewilligung mit der Genehmigung des Betriebsplanes auch für längere Zeiträume erteilt.

<sup>4</sup> Holzschläge dürfen erst ausgeführt werden, wenn sie angezeichnet sind.

<sup>5</sup> Für kleinflächiges Waldeigentum bis zu 20 Hektaren gelten folgende Erleichterungen:

- a) Das Anzeichnen der Bäume durch die zuständigen Revierförsterinnen und Revierförster gilt als Bewilligung. Soweit einem Holzschlagbegehren nicht voll entsprochen werden kann, entscheidet das Kreisforstamt.
- b) Für Holzschläge bis zu 10 m<sup>3</sup> Gesamtvolumen pro Jahr sind keine Bewilligung und Anzeichnung erforderlich; ausgenommen sind Holzschläge in Naturschutzgebieten von nationaler oder kantonaler Bedeutung.

### § 29 Forstliches Vermehrungsgut

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt nimmt alle Aufgaben wahr, die sich aus dem Bundesrecht und aus dem kantonalen Recht im Zusammenhang mit der Gewinnung und Verwendung von Saatgut ergeben. \*

<sup>2</sup> Sie führt einen Kataster der zur Gewinnung von Saatgut einheimischer Waldbäume geeigneten Waldbestände.

<sup>3</sup> Die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer können in ihren Beständen selbst Saatgut gewinnen und an Dritte abgeben. Sofern sie davon nicht Gebrauch machen, haben sie die Gewinnung von Saatgut durch den kantonalen Forstdienst oder mit dessen Zustimmung durch Dritte entschädigungslos zu dulden.

## 5. Forstorganisation

### § 30 Aufgaben der Forstreviere

<sup>1</sup> Die zuständigen Revierförsterinnen und Revierförster haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

- a) \* Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen zur Erhaltung, zum Schutz und zur Aufwertung des Waldes,
- b) \* Mitwirkung beim Vollzug walddirektiver Bewilligungen und Anordnungen,
- c) \* Mitwirkung bei der Festlegung waldbaulicher und jagdlicher Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden,
- d) \* Mitwirkung bei der Erarbeitung von Planungsgrundlagen und der Erstellung kantonaler Statistiken,
- e) \* Holzanzeichnung und Überwachung der waldbaulichen Massnahmen zur Sicherstellung der nachhaltigen und naturnahen Waldbewirtschaftung,
- f) \* Erteilen von Holzschlagbewilligungen für kleinflächiges Waldeigentum,
- g) \* Beratung und Unterstützung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer für kleinflächiges Waldeigentum, namentlich bezüglich der waldbaulichen Planung und der Bearbeitung von Beitragsgesuchen,
- h) \* Information der lokalen Bevölkerung über die Bedeutung des Waldes und dessen Funktionen.

<sup>2</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt erlässt nähere Weisungen zur Erfüllung dieser Aufgaben. \*



## § 31 Kantonale Forstorganisation

<sup>1</sup> Die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt ist die für den Vollzug der Waldgesetzgebung zuständige kantonale Fachstelle.

<sup>2</sup> Die Kreisforstämter nehmen, nebst den in dieser Verordnung vorgesehenen Befugnissen, die fachliche Aufsicht über die Revierförsterinnen und Revierförster sowie alle ihnen von der Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt zugewiesenen Aufgaben wahr.

<sup>3</sup> Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt legt die Anzahl der Forstkreise fest.

## 5<sup>bis</sup>. Gebühren und andere Abgaben \*

### § 31a \* Gebühr für Rodungsgesuche

<sup>1</sup> Für die Behandlung von Rodungsgesuchen und die Ausübung der damit verbundenen Aufsichts- und Kontrollfunktionen wird eine Gebühr zwischen Fr. 150.– und Fr. 5'000.– erhoben. Die Gebühr wird nach Aufwand bemessen und beträgt in der Regel Fr. 1.– pro m<sup>2</sup> angebehrter Rodungsfläche.

<sup>2</sup> Für ausserordentlichen Mehraufwand, insbesondere infolge Durchführung eines Augenscheins, einer Verhandlung oder weitergehender Abklärungen, kann die Gebühr um bis zu Fr. 300.–, aber höchstens auf Fr. 5'000.– erhöht werden.

<sup>3</sup> Wird das Rodungsgesuch zurückgezogen oder gegenstandslos oder erfordert das Verfahren aus einem andern Grund nur geringen Aufwand, kann die Gebühr herabgesetzt oder erlassen werden.

### § 31b \* Gebühr für andere waldrechtliche Beurteilungen

<sup>1</sup> Die Gebühr für die waldrechtliche Behandlung von Baugesuchen erhebt die Abteilung für Baubewilligungen des Departements Bau, Verkehr und Umwelt gestützt auf die Verordnung über die von der Abteilung für Baubewilligungen des Departements Bau, Verkehr und Umwelt zu erhebenden Gebühren (GebV AfB) vom 17. August 1994 <sup>1)</sup>.

<sup>2</sup> § 31a bleibt davon unberührt, wenn im Rahmen eines Baugesuchsverfahrens ein Rodungsgesuch gestellt wird.

### § 31c \* Ausgleich für erhebliche Vorteile

<sup>1</sup> Die Ausgleichsabgabe sowie allfällige Sicherheitsleistungen werden durch die Abteilung Wald des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt festgelegt und wenn möglich gleichzeitig mit der Rodungsbewilligung eröffnet.

---

<sup>1)</sup> SAR [713.125](#)

## 6. Schluss- und Übergangsbestimmungen \*

### § 32 Rechtsschutz

#### a) \*

1 ... \*

2 ... \*

3 ... \*

4 ... \*

5 ... \*

6 ... \*

### § 33 \* b) Veranstaltungen

<sup>1</sup> Gegen Einspracheentscheide der Gemeinderäte und der Kreisforstämter betreffend Veranstaltungen kann beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt Beschwerde geführt werden. Dessen Entscheid ist an das Verwaltungsgericht weiterziehbar.

### § 34 \* c) Übrige Verfügungen und Entscheide

<sup>1</sup> Gegen übrige Verfügungen und Einspracheentscheide der Gemeinderäte, des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt und der Kreisforstämter in Anwendung der Waldgesetzgebung kann beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden.

### § 35 d) Beschwerdeberechtigte Organisationen

<sup>1</sup> Die Einsprache- und Beschwerdeberechtigung von gesamtkantonalen und regionalen Organisationen richtet sich nach § 4 Abs. 3 des Baugesetzes <sup>1)</sup>.

### § 36 Publikation, Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren.

<sup>2</sup> Sie tritt zusammen mit dem Waldgesetz des Kantons Aargau (AWaG) vom 1. Juli 1997 <sup>2)</sup> und dem Dekret zum Waldgesetz des Kantons Aargau (Walddekret, AWaD) vom 3. November 1998 <sup>3)</sup> am 1. März 1999 in Kraft.

<sup>3</sup> Für bewilligungspflichtige Veranstaltungen gemäss § 20, welche bis 31. Dezember 1999 durchgeführt werden sollen, gilt ein vereinfachtes Verfahren ohne Auflage und Publikation.

---

<sup>1)</sup> SAR [713.100](#)

<sup>2)</sup> AGS 1999 S. 1 (SAR [931.100](#))

<sup>3)</sup> AGS 1999 S. 16 (SAR [931.110](#))

**§ 37** Aufhebung bisherigen Rechts

<sup>1</sup> Durch diese Verordnung werden aufgehoben:

- a) die Verordnung über den Begriff des Waldes sowie die Verfahren betreffend Waldfeststellung und Rodungsbewilligung (Forstverordnung, FoV) vom 16. Februar 1994 <sup>1)</sup>;
- b) die Verordnung über Beiträge an ausserordentliche Massnahmen bei Waldschäden vom 24. März 1986 <sup>2)</sup>;
- c) die Dienstinstruktion für die Gemeinde-, Korporations- und Gerechtigkeitsförster vom 15. Juli 1950 <sup>3)</sup>;
- d) die Verordnung über die Ausbildung von Waldarbeitern vom 18. März 1960 <sup>4)</sup>.

**§ 38 \*** Übergangsrecht zur Änderung vom 22. August 2018

<sup>1</sup> Bis zur Veröffentlichung des Waldgrenzenplans im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen gemäss den §§ 16 ff. KGeoIG sind die Grenzen im Geobasisdatensatz 77-AG mit der Bezeichnung Waldgrenzenplan gemäss Anhang 1 zur Verordnung über die Geoinformation im Kanton Aargau (Kantonale Geoinformationsverordnung, KGeoIV) vom 16. November 2011 <sup>5)</sup> eigentümergebunden. Bei Bedarf erstellt die Abteilung Wald des Departements Bau, Verkehr und Umwelt beglaubigte Auszüge des Waldgrenzenplans.

Aarau, 16. Dezember 1998

Regierungsrat Aargau

Landammann  
SIEGRIST

Staatsschreiber  
PFIRTER

<sup>1)</sup> AGS Bd. 14 S. 557; 1996 S. 2

<sup>2)</sup> AGS Bd. 12 S. 33

<sup>3)</sup> AGS 1996 S. 308

<sup>4)</sup> AGS Bd. 5 S. 5

<sup>5)</sup> SAR [740.111](#)

## Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
23.11.2005	01.01.2006	§ 12	totalrevidiert	AGS 2005 S. 771
23.11.2005	01.01.2006	§ 13 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 771
23.11.2005	01.01.2006	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 772
23.11.2005	01.01.2006	§ 15	totalrevidiert	AGS 2005 S. 772
23.11.2005	01.01.2006	§ 19	totalrevidiert	AGS 2005 S. 772
23.11.2005	01.01.2006	§ 23 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 772
23.11.2005	01.01.2006	§ 24 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 772
23.11.2005	01.01.2006	§ 25 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 26 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 26 Abs. 4	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 27 Abs. 3	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 29 Abs. 1	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 30 Abs. 2	geändert	AGS 2005 S. 773
23.11.2005	01.01.2006	§ 32 Abs. 5	geändert	AGS 2005 S. 774
23.11.2005	01.01.2006	§ 32 Abs. 6	geändert	AGS 2005 S. 774
23.11.2005	01.01.2006	§ 34	totalrevidiert	AGS 2005 S. 774
21.05.2008	01.01.2009	Ingress	geändert	AGS 2008 S. 473
21.05.2008	01.01.2009	§ 32 Abs. 4	geändert	AGS 2008 S. 473
21.05.2008	01.01.2009	§ 33	totalrevidiert	AGS 2008 S. 473
25.05.2011	01.09.2011	§ 7 Abs. 2	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 14 Abs. 1	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 14 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 15	Titel geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 15 Abs. 1	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 15 Abs. 2	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 21 Abs. 2	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 21 Abs. 3	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 21 Abs. 4	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 26 Abs. 3	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 32 Abs. 2	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 32 Abs. 3	geändert	AGS 2011/4-2
25.05.2011	01.09.2011	§ 32 Abs. 4	geändert	AGS 2011/4-2
27.06.2012	01.01.2013	§ 32 Abs. 6	geändert	AGS 2012/5-9
22.08.2018	01.01.2019	Ingress	geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	Titel 1.	geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1	Titel geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1 Abs. 3	geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1a	eingefügt	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1b	eingefügt	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1c	eingefügt	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 1d	eingefügt	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 2	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 3	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 4	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 5	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 6	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 7	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 8	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 9	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 10	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	Titel 6.	geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32	Titel geändert	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 1	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 2	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 3	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 4	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 5	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 32 Abs. 6	aufgehoben	AGS 2018/6-5
22.08.2018	01.01.2019	§ 38	eingefügt	AGS 2018/6-5
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. a)	geändert	AGS 2018/7-7

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. b)	geändert	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. c)	geändert	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. d)	geändert	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. e)	geändert	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. f)	geändert	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. g)	eingefügt	AGS 2018/7-7
12.09.2018	01.01.2019	§ 30 Abs. 1, lit. h)	eingefügt	AGS 2018/7-7
29.05.2019	30.06.2019	§ 18	aufgehoben	AGS 2019/3-17
29.05.2019	30.06.2019	§ 19	aufgehoben	AGS 2019/3-17
29.05.2019	30.06.2019	Titel 5 <sup>neu</sup>	eingefügt	AGS 2019/3-17
29.05.2019	30.06.2019	§ 31a	eingefügt	AGS 2019/3-17
29.05.2019	30.06.2019	§ 31b	eingefügt	AGS 2019/3-17
29.05.2019	30.06.2019	§ 31c	eingefügt	AGS 2019/3-17

## Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Ingress	21.05.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 473
Ingress	22.08.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/6-5
Titel 1.	22.08.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/6-5
§ 1	22.08.2018	01.01.2019	Titel geändert	AGS 2018/6-5
§ 1 Abs. 3	22.08.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/6-5
§ 1 Abs. 4	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 1a	22.08.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/6-5
§ 1b	22.08.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/6-5
§ 1c	22.08.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/6-5
§ 1d	22.08.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/6-5
§ 2	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 3	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 4	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 5	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 6	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 7	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 7 Abs. 2	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 8	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 9	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 10	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 12	23.11.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 771
§ 13 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 771
§ 14 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 772
§ 14 Abs. 1	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 14 Abs. 2	25.05.2011	01.09.2011	aufgehoben	AGS 2011/4-2
§ 15	23.11.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 772
§ 15	25.05.2011	01.09.2011	Titel geändert	AGS 2011/4-2
§ 15 Abs. 1	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 15 Abs. 2	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 18	29.05.2019	30.06.2019	aufgehoben	AGS 2019/3-17
§ 19	23.11.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 772
§ 19	29.05.2019	30.06.2019	aufgehoben	AGS 2019/3-17
§ 21 Abs. 2	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 21 Abs. 3	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 21 Abs. 4	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 23 Abs. 2	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 772
§ 24 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 772
§ 25 Abs. 2	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
§ 26 Abs. 2	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
§ 26 Abs. 3	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 26 Abs. 4	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
§ 27 Abs. 3	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
§ 29 Abs. 1	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
§ 30 Abs. 1, lit. a)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. b)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. c)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. d)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. e)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. f)	12.09.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. g)	12.09.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 1, lit. h)	12.09.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/7-7
§ 30 Abs. 2	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 773
Titel 5 <sup>bis</sup>	29.05.2019	30.06.2019	eingefügt	AGS 2019/3-17
§ 31a	29.05.2019	30.06.2019	eingefügt	AGS 2019/3-17
§ 31b	29.05.2019	30.06.2019	eingefügt	AGS 2019/3-17
§ 31c	29.05.2019	30.06.2019	eingefügt	AGS 2019/3-17
Titel 6.	22.08.2018	01.01.2019	geändert	AGS 2018/6-5
§ 32	22.08.2018	01.01.2019	Titel geändert	AGS 2018/6-5
§ 32 Abs. 1	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 32 Abs. 2	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 32 Abs. 2	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 32 Abs. 3	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 32 Abs. 3	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 32 Abs. 4	21.05.2008	01.01.2009	geändert	AGS 2008 S. 473
§ 32 Abs. 4	25.05.2011	01.09.2011	geändert	AGS 2011/4-2
§ 32 Abs. 4	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 32 Abs. 5	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 774
§ 32 Abs. 5	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 32 Abs. 6	23.11.2005	01.01.2006	geändert	AGS 2005 S. 774
§ 32 Abs. 6	27.06.2012	01.01.2013	geändert	AGS 2012/5-9
§ 32 Abs. 6	22.08.2018	01.01.2019	aufgehoben	AGS 2018/6-5
§ 33	21.05.2008	01.01.2009	totalrevidiert	AGS 2008 S. 473
§ 34	23.11.2005	01.01.2006	totalrevidiert	AGS 2005 S. 774
§ 38	22.08.2018	01.01.2019	eingefügt	AGS 2018/6-5